



Lesen.



Teilen.



Weitersagen.

31. Juli 2015

Die Türkei schließt sich dem Kampf gegen den IS an

Türkei wirbt um eine Sicherheitszone auf syrischem Boden

Auf Wunsch der Türkei ist am 28. Juli 2015 der NATO-Rat zusammengetreten. Mitgliedsstaaten können um eine solche Dringlichkeitskonsultation bitten, wenn sie gemäß Artikel 4 des NATO-Gründungsvertrages eine Gefahr für die eigene „territoriale Integrität, politische Unabhängigkeit oder Sicherheit“ sehen. Die Sitzung am Dienstag war erst die fünfte ihrer Art in der 66-jährigen Geschichte des Bündnisses.

Bei dem Treffen warb die Türkei für die Errichtung einer Sicherheitszone auf syrischem Boden. Nach einem Gespräch des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan mit US-Präsident Barack Obama, hoffte die Türkei auf Unterstützung durch die NATO-Verbündeten. Das Militärbündnis erklärte zwar seine „starke Solidarität“ mit dem Land, kritisierte aber die Türkei wegen ihrer Luftangriffe gegen die Kurden und appellierte, die Friedensverhandlungen mit der PKK nicht zu gefährden. Die kurdischen Bodentruppen sind die Verbündeten der USA im Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS).

Warum will die Türkei eine Sicherheitszone einrichten?

Bei einem Selbstmordanschlag des IS nahe der türkischen Grenze zu Syrien wurden am 20. Juli 32 Menschen getötet. Der IS soll nun in Syrien in einem Gebiet entlang der Grenze zur Türkei vertrieben werden. Dafür will die Türkei aber keine Bodentruppen einsetzen. Die Regierung in Ankara hofft auf Unterstützung durch die USA und hat dafür den Luftwaffenstützpunkt in Incirlik als Basis für US-Luftangriffe auf IS-Ziele freigegeben.

Die Angaben zu der Sicherheitszone variieren, sie soll zwischen 80 und 110 Kilometer lang und zwischen 40 und 90 Kilometer breit sein. Einig ist man sich nur darüber, dass sie die Stadt Aleppo nicht umfassen soll.

Nach der Vertreibung der Extremisten soll die Sicherheitszone im Grenzgebiet durch gemäßigte islamische Oppositionelle des Assad Regimes kontrolliert werden. Diese versprechen, dass Sie die Zivilisten in einer solchen Zone vor dem IS und den Luftangriffen durch Baschar al-Assad schützen werden. Die Türkei hat ca. 1,4 Millionen Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak aufgenommen; diese Menschen sollen nach der Vertreibung der Terrormiliz in die Sicherheitszone übersiedeln.

Warum ist die Errichtung einer Sicherheitszone problematisch?

Die türkische AKP-Regierung setzt bei ihrem Kampf gegen den Terrorismus die Volksverteidigungseinheiten in Syrien (YPG/YPJ) und die PKK mit den Extremisten der IS gleich. Türkische Kampfflugzeuge, die seit letzter Woche in Syrien und im Irak Luftangriffe gegen den IS fliegen, greifen auch Stützpunkte der PKK-Rebellen und der YPG an.

Die PKK wird zwar von den USA und der EU als Terrororganisation eingestuft, jedoch sind die kurdischen Rebellen derzeit Verbündete der USA im Kampf gegen die Extremisten des IS. Außerdem werden - paradox genug - kurdische Freiheitskämpfer im Nordirak von der Bundeswehr ausgebildet, um gegen den IS zu kämpfen. Darüber hinaus sind deutsche Soldaten mit Patriot-Systemen in der Türkei stationiert, um eventuelle Raketenangriffe des IS abzuwehren. Dies und die starke Präsenz der kurdischen PKK in Deutschland sind auch für Deutschland aus sicherheitspolitischer Sicht nicht zu vernachlässigen. Die aktuellen Überlegungen einer Sicherheitszone greifen zu kurz. Denn es bleiben viele offene Fragen: Wie ist die Sicherheitszone zu implementieren, über welchen Zeitraum, ohne Präjudiz (Entscheidung eines obersten Gerichts) neuer Grenzziehungen? Auch die Frage einer deutschen Beteiligung bleibt unberücksichtigt. Ein weiteres Problem bei der Einrichtung einer Sicherheitszone an der türkischen Grenze stellt der Umgang mit den Flüchtlingen da. Insgesamt lässt sich die Einrichtung einer Sicherheitszone daher als problematisch bezeichnen.

Verbandspräsident und Außenpolitiker Roderich Kiesewetter, MdB sagt dazu: „Es müssen jetzt alle Kräfte gebündelt werden, um den IS zu bekämpfen.“ Die Türkei nutze dieses internationale Zusammenstehen aus. Dagegen müsse man sich auch wehren und deutlich machen: Die Türkei muss sich einreihen.